

**Antrag auf Zustimmung zur gesonderten Berechnung von Investitionsaufwendungen  
gemäß § 82 Abs. 2, 3 SGB XI für ambulante Pflegedienste**

<b>Träger</b>	
<b>Pflegedienst</b>	
<b>Landkreis/Kreisfreie Stadt</b>	
<b>Ansprechpartner</b>	
<b>Telefon, Telefax</b>	

<b>Gesamtertrag (SGB V, SGB XI, SZ) im Vorjahr (20.. ) gemäß GuV-Rechnung</b>	
davon Ertrag SGB XI	
Verhältnis SGB XI zu Gesamtertrag in % (*)	

Abschnitt 1 Abschreibungen.....	
Abschnitt 2 Miete, Pacht.....	
Abschnitt 3 Fremdkapitalzinsen.....	
Abschnitt 4 Eigenkapitalzinsen.....	
Abschnitt 5 Instandhaltung.....	
<b>Gesamtinvestitionsaufwendungen</b>	

<b>Öffentliche Förderungen (Bescheide sind beizufügen!)</b>	
öffentlicher Förderung für Investitionen des Pflegedienstes (nicht auf SGB XI beschränkt)	
Gesamtinvestitionsaufwendungen abzüglich der Förderung	
davon Anteil der Investitionsaufwendungen für den SGB XI-Bereich entsprechend %-Satz aus (*)	
nach SGB XI geförderter Aufwand ( <b>Bescheid beifügen</b> )	
<b>abzüglich nach SGB XI geförderter Aufwand ergibt nicht gedeckten Investitionsaufwand von</b>	

<b>Berechnung</b>	
(1) Gesamtertrag für Pflegeleistungen nach SGB XI im Vorjahr (200_) gemäß GuV-Rechnung	
(2) nicht gedeckter Investitionsaufwand in 20..	
(3) Verhältnis (2):(1) = möglicher Aufschlag auf Pflegeleistungsentgelt	

**Ich beantrage danach die Zustimmung zur gesonderten Berechnung von nicht geförderten Investitionskosten als anteiligen Aufschlag in meinen Rechnungen für erbrachte Pflegeleistungen nach SGB XI in Höhe von bis zu**

%

**der jeweiligen Pflegevergütung gem. §§ 89 ff SGB XI.**

- Hiermit erkläre ich, dass ich die angegebenen Wirtschaftsdaten aus der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 20.. . . , die auch der steuerlichen Bewertung des Unternehmens durch das Finanzamt zugrundegelegt wird, unverändert übernommen habe.
- Ich versichere, die Angaben in diesem Antrag vollständig und richtig gemacht zu haben. Mir ist bekannt, dass zu Unrecht erhaltene Investitionskosten, deren Umlage durch falsche oder unvollständige Erklärungen vorsätzlich oder grob fahrlässig verschuldet wurde, zurückerstattet werden müssen.

**Ort, Datum, Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift**